

Neues Redaktionsteam für Newsletter

Ende November 2015 wurde beim Landeskongress der DPoIG in Stuttgart turnusmäßig ein neuer Landesvorstand gewählt. Die Delegierten wählten Ralf Kuster zum neuen Landesvorsitzenden und mit ihm eine neue Landesleitung.

Die neugewählte Landesleitung stellt sich für die Zukunft gänzlich neu auf.

Während viele zentrale Aufgaben, wie die Erstellung der „ID-News“ oder des Mitgliedermagazins „POLIZEISPIEGEL“ seither in der Verantwortung einiger Wenigen lagen, werden diese Aufgaben künftig auf mehrere Schultern verteilt. Dadurch sollen einerseits Aufgaben entzerrt, aber auch die Ausgabeintervalle der beliebten Publikationen wieder gesteigert werden.

Mit der Informationsreihe „ID-news“ informieren wir wie seither Mitglie-



v. l. n. r.: Das Redaktionsteam Sven Heinz und Michael Haug bei den Vorarbeiten dieser Ausgabe (Bild: Heinz, DPoIG)

der und Interessierte regelmäßig in knappen Beiträgen über relevante Neuigkeiten.

Zur Vorbereitung der neuen Redakteure mussten über den Jahreswechsel zusätzliche Softwarelizenzen erworben oder auf andere Personen übertragen werden. Vor der Aufnahme der eigentlichen Redaktionsarbeit waren im Februar noch DV-Schulungen und Festlegungen innerhalb des Redaktionsteams notwendig.

Mit Erscheinen dieser Ausgabe „ID-news“ geht die neue Redaktion in den Wirkbetrieb.

Das Redaktionsteam wünscht viel Spaß beim Lesen.

Artikel in dieser Ausgabe

1. Neues Redaktionsteam
2. Bundespolizei im Migrationseinsatz
3. Schließung Polizeiareal Freiburg
4. Kommentar zur Tagespresse
5. Wahlkampfthema Innere Sicherheit
6. Unvorstellbare Überstundenberge
7. „Nein“ zum Polizeibeauftragten
8. JUNGE POLIZEI: Einstellungsoffensive
9. Gespräche mit Spitzenpolitikern
10. Veröffentlichung PKS 2015
11. Ministerielle Wahlwerbung
12. Aufstiegsmöglichkeiten gD

Impressum

Redaktion:
Sven Heinz, 72820 Sonnenbühl
(V. i. S. d. P.)
E-Mail: sven.heinz@dpolg-bw.de

c/o DPoIG Landesgeschäftsstelle
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711/ 997 947 4-0
Telefax: 0711/ 997 947 4-9
E-Mail: info@dpolg-bw.de
www.dpolg-bw.de

Fremde Abbildungen und Quellen sind entsprechend gekennzeichnet

Bundespolicisten schaffen lediglich einen Schnellabgleich

Seit Monaten arbeiten Bundespolizisten in den Erstanlaufstellen an der bundesdeutschen Grenze zu Österreich mit Hochdruck an der Ersterfassung von Flüchtlingen. Die „Bild am Sonntag“ berichtete im Januar unter Berufung auf das Bundesinnenministerium (BMI), die Polizei könne inzwischen bis zu 3500 Flüchtlinge pro Tag erfassen und kontrollieren.

Der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, hat diese Berichte über eine umfassende Kontrolle der Flüchtlinge an der deutschen Grenze als „hanebüchenen Quatsch“ zurückgewiesen. Zu den wiederholten Angaben des Bundesinnenministeriums, die Registrierung nahezu aller Ankommenden sei gewährleistet, sagte Wendt: „Ich vermute, das BMI hat die Fast-ID-Erfassung mit der Registrierung verwechselt“.



Rainer Wendt im Gespräch mit Kollegen der Bundespolizei im bayrischen Rosenheim (Bild: Ducklauß-Nitschke, DPoIG BPOIG)

Mit „Fast-ID“ wird der Schnellabgleich der Fingerabdrücke in den nationalen Datenbanken ohne Speicherung der Fingerabdruckdaten bezeichnet. Damit bekomme man aber nur heraus, ob eine Person schon einmal in Deutschland erkenntlich behandelt wurde. Von allen übrigen werde weder Name noch Herkunftsland registriert, das

geschehe erst später in den Bundesländern, sagte Wendt.

Ende Februar berichtete die dpa, dass gut jeder zehnte Flüchtling nach seiner Ersterfassung verschwunden sei. Von den 2015 etwa 1,1 Millionen erfassten Flüchtlingen, seien rund 130.000 Menschen nicht bei der zuständigen Aufnahmeeinrichtung angekommen. Als mögliche Gründe nannte das Bundesinnenministerium unter anderem Weiterreisen in andere Länder und das Untertauchen in die Illegalität.

Lesen Sie mehr auf:

Neue Osnabrücker Zeitung:
<http://bit.ly/1QFPq96>

Contra-Magazin:
<http://bit.ly/1YmCv0Z>

Aktuelle Seminarangebote des BBW Beamtenbund-Tarifunion

17. bis 19. April 2016

Digitale Fotografie/Bildbearbeitung in Königswinter

Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 132,- Euro

05. bis 07. Juni 2016

Motivierende Moderationsmethoden: Sitzungs- und Besprechungsgestaltung in Königswinter

Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 132,- Euro

10. bis 12. Juli 2016

Personal- und Organisationsentwicklung im Lichte von veränderten Erfordernissen in Königswinter

Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 122,- Euro

17. bis 19. Juli 2016

Meine Zeit gehört? - Work-Life Balance in Königswinter

Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 132,- Euro

10. bis 12. Juni 2016

Gesundheitsmanagement: Das persönliche Gesundheitsmanagement in Königswinter

Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 132,- Euro

19. bis 21. Juni 2016

EDV-Schulung „Tablet“ in Königswinter

Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 132,- Euro

15. bis 17. Juli 2016

Gesundheitsmanagement: Das persönliche Gesundheitsmanagement in Königswinter

Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 132,- Euro

19. bis 21. Juli 2016

Auf den Tisch mit den Gefühlen - Auseinandersetzungen, auch im Kollegenkreis, konstruktiv lösen - in Königswinter

Teilnehmerbeitrag: Für Mitglieder 132,- Euro

in Kooperation mit der



dbb
akademie

Weitere Informationen

<http://www.bbw.dbb.de/seminare.html>

Sitzen Beamte bald auf der Straße? DPoIG erinnert an Verantwortung des Innenministers

Im Rahmen der Polizeistrukturereform im Jahr 2014 wurde das Polizeiareal in der Müllheimer Straße in Freiburg, welches einst von der Polizeiakademie genutzt wurde, dem „Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei“ sowie der „Hochschule für Polizei“ zur Verfügung gestellt. Jetzt schließt das Polizeiareal in Freiburg im August 2016 endgültig die Pforten und die Freiburger Beschäftigten des „Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei“ sitzen nach derzeitigem Stand auf der Straße.

Das Polizeiareal erfährt künftig eine zweigeteilte Nutzung. Einerseits wird das Bildungszentrum der Oberfinanzdirektion Freiburg einziehen und wo derzeit unter anderem noch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des „Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei“ untergebracht sind, wird die Landeserstaufnahmestelle Freiburg eingerichtet.

Versprechen des Innenministers

Innenminister Gall legte einst bei der Umsetzung der Polizeistrukturereform augenscheinlich einen Schwerpunkt auf die sozialverträgliche Umsetzung. Eine dieser Maßnahmen war es, dass die ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizeiakademie, welche im Bereich der landesweiten DV-Servicestelle POLIZEI ONLINE tätig waren und durch die Polizeireform dem „Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei“ in Stuttgart zugeordnet wurden, eine Standortgarantie erhielten. Bereits im Jahr 2012 war



Polizeiareal in der Müllheimer Straße in Freiburg. Der erste Polizeibeamte schaut sich schon einmal an, wie das ab Herbst sein wird (Bild: Haug, DPoIG).

jedoch klar, dass das Polizeiareal in Freiburg Ende 2016 geschlossen wird und die dortigen Mitarbeiter anderweitig in Freiburg unterzubringen sind.

Der Vorsitzende des DPoIG-Präsidialverbands der Deutschen Polizeigewerkschaft beim „Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei“, Michael Haug, sagte dazu: „Gut vier Jahre später hat sich kaum etwas getan, eine alternative Unterbringung konnte bislang nicht gefunden werden und auch die Verhandlungen über eine Weiternutzung einzelner Gebäude im Areal verlief bislang erfolglos. Das Versprechen des Innenministers ist nicht mehr viel wert und die Zukunft der Beschäftigten in Freiburg ist nach wie vor ungewiss. Innenminister Gall kommt hier seiner Führungsverantwortung und der Fürsorgepflicht die er für seine Beschäftigte hat nicht

nach und überlässt die Beschäftigten ihrem Schicksal.“

Sollte innerhalb der nächsten Wochen keine geeignete andere Immobilie für die Beschäftigten gefunden werden, sieht die DPoIG Baden-Württemberg kurzfristig nur die Möglichkeit, dass das bisherige Verwaltungsgebäude aus dem Nutzungskonzept der Landeserstaufnahmestelle gestrichen wird, damit die Beschäftigten dort weiter ihren Dienst verrichten können.

Unsere Forderung

„Innenminister Gall muss dies jetzt zur Chefsache machen, sich klar zu seinen Beschäftigten und der Wichtigkeit des Standortes bekennen. Gall muss jetzt das Signal geben, dass die Standortgarantie für Freiburg auch über das Jahr 2016 hinaus gilt“, fordert Michael Haug.



Beim Festakt in Fellbach (1. Reihe von links): Prof. Ulrich Goll (MdL), Claus Schmiedel (MdL), Staatsrätin Gisela Erler, Justizminister Rainer Stickelberger, Innenminister Reinhold Gall, Bild: Staatsanzeiger

Wir gratulieren:

25 Jahre Partner für Verwaltung, Politik und Wirtschaft in Baden-Württemberg

25
JAHRE
1991 - 2016
GMBH



STAATSANZEIGER
Medien aus Baden-Württemberg

Die Gründung des Staatsanzeigers für Baden-Württemberg GmbH erfolgte 1991 aus einer ehemaligen Dienststelle des Staatsministeriums heraus. Heute produziert das eigenständige Unternehmen nicht nur Verlagsprodukte, sondern ist führender Dienstleister rund um das Thema Vergabe, bietet umfassende Agenturleistungen an, sowie hochkarätige Kongress- und Fortbildungsangebote. So hat sich der Staatsanzeiger die letzten 25 Jahre als umfassender Mediendienstleister für Themen rund ums Land und die Kommunen etabliert.

Quelle: Staatsanzeiger

Ähm ... wie war das gleich? Zu einem Kommentar in der Tagespresse

In den Badischen Neuesten Nachrichten (BNN), Ausgabe 18, war ein Kommentar „Polizeireform spaltet Gewerkschaften“ abgebildet. Leider waren nicht alle enthaltenen Aussagen zutreffend und stimmig.

Richtig war die Aussage, dass die DPoIG im Deutschen Beamtenbund und die GdP im Deutschen Gewerkschaftsbund organisiert ist. Die Wurzeln dieser Strukturen reichen bis in die Gründungsjahre beider Gewerkschaften zurück. Nicht richtig war die Aussage, dass die DPoIG „traditionell eher der Opposition“ nahe stehend sei. Ganz so einfach ist es nicht.

Einzig den Mitgliedern verpflichtet

Grundsätzlich ist die DPoIG parteipolitisch neutral und einzig den Interessen ihrer Mitglieder und der Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit im Land verschrieben. Die Gewährleistung von Sicherheit, Freiheit und Bürgerrechten ist der DPoIG ein Herzensanliegen und weist auf die dafür dringend zu treffenden politischen Entscheidungen hin. In der politischen Verantwortung (und damit im Fokus unserer Interessenvertreter) stehen nachvollziehbar die aktuell an der Regierung beteiligten Parteien. Nur die aktiv in der Regierungsverantwortung stehenden Personen und Parteien können für unsere Interessen wichtige Veränderungen hervorrufen. Wenn diese wechseln, wechseln auch unsere Adressaten, die wir ungeachtet der jeweiligen Partei- oder Fraktionszugehörigkeit in die Pflicht nehmen.

Breit aufgestellt

Nicht nachvollziehbar ist aus unserer Sicht das Resümee im zitierten BNN-Kommentar, weshalb die beiden Gewerkschaften GdP und DPoIG hinsichtlich der von der SPD maßgeblich initiierten Polizeireform so unterschiedlicher Auffassung seien. Im Kommentar heißt es erklärend, dass „(...) in der DPoIG traditionell eher leitende Beamte organisiert seien, welche von der Reform wegen

des Hierarchieabbaus stärker betroffen waren“ und dass „(...) die GdP eher die „einfachen Streifenbeamten“ vertrete“. Beide Aussagen sind großer Mumpitz und treffen nicht ansatzweise zu.

DPoIG ist gefragter denn je

Die DPoIG ist aus allen Bereichen und auf allen Ebenen gefragter denn je. Erfreulich ist, dass die DPoIG im Gegensatz zu vielen anderen Beschäftigtenvertretungen seit Jahren kontinuierlich Mitglieder hinzugewonnen hat. Der Landesverband Baden-Württemberg stellt mit über 16.000 Mitgliedern die größte Berufsvertretung der Polizei in Baden-Württemberg dar. Damit hat der DPoIG Landesverband mehr Mitglieder als die beiden im Landtag vertretenen Parteien, FDP und Grüne.

Wir freuen uns über diese Entwicklung, die ein Barometer dafür ist, wie leistungsfähig die DPoIG und deren Gliederungen sind und wie passge-

nau die DPoIG die Interessen aller Polizeibeschäftigten vertritt. Gleichzeitig wird die DPoIG immer stärker in ihrem Dachverband Beamtenbund mit Tarifunion, welcher seinerseits ebenfalls neue Mitgliederhöchststände verzeichnet.

Für jeden das Richtige dabei

Dieser erneute Zuwachs an Mitgliedern stärkt unsere Durchsetzungsfähigkeit als Berufsvertretung. Das verstehen wir auch als ein Votum für unsere erfolgreiche Interessenvertretung im Auftrag aller Beschäftigten in der Polizei. Das beginnt bei den Auszubildenden und Berufsanfängern und reicht über die Bediensteten bei Schutz-, Verkehrs-, Kriminalpolizei und Verwaltung, bis hin zu Bediensteten in den Stäben, Direktionen und Führungsgruppen, welche in der mittleren oder höheren Leitungsebene verantwortungsvolle Positionen bekleiden.

Zu Besuch im Land

DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt spricht regelmäßig bundesweit als bekannter und angesehener Experte zum Thema Innere Sicherheit. Wendt sagte im Februar bei einer Veranstaltung der CDU Baden-Württemberg unter anderem: „Polizisten in Baden-Württemberg hatten früher ein anderes Selbstbewusstsein und ein anderes Gefühl von ihrer Arbeit in einem stolzen, großen Land.“ Heute seien die Beamten verunsichert und unzufrieden. Nötig seien eine Einstellungsoffensive, eine Modernisierungsoffensive und eine Entlastungsoffensive.



Mitte: DPoIG-Bundesvorsitzender Rainer Wendt, Bild: CDU BW

Die innere Sicherheit ist eines der Wahlkampfthemen in Baden-Württemberg

Die Deutsche Presse-Agentur in Stuttgart stellte am 11. Februar die jeweiligen Forderungen aus den Wahlprogrammen der im Landtag vertretenen Parteien zur Landtagswahl gegenüber.

Wir bilden den Originaltext dieser dpa-Meldung hier ab.

CDU: Sie will die Polizei um 1500 Stellen stärken und die grün-rote Polizeireform auf den Prüfstand stellen - insbesondere die Anzahl und den Zuschnitt der Polizeipräsidien. Den freiwilligen Polizeidienst, den Grün-Rot auslaufen lässt, will die CDU erhalten. Die Partei verspricht eine gezielte Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen und will eine gesetzliche Grundlage für Alkoholkonsumverbote auf öffentlichen Plätzen schaffen.

GRÜNE: Die Grünen wollen eine anonymisierte, individuelle Kennzeichnung von Polizisten bei großen Einsätzen einführen - damit waren sie in der auslaufenden Legislaturperiode an Innenminister Reinhold Gall (SPD) und der SPD-Landtagsfraktion gescheitert. Sie versprechen eine Einstellungsoffensive in den nächsten Jahren bei der Polizei mit insgesamt 2800 Ausbildungsplätzen. Für die Videoüberwachung im öffentlichen Raum soll es Grenzen geben. Der Verfassungsschutz soll neu aufgestellt werden und künftig nur in Ausnahmefällen Vertrauensleute (V-Leute) einsetzen.

SPD: Die Sozialdemokraten wollen ebenfalls mehr Polizisten einstellen und die Einführung von Körperkameras (Bodycams) bei Polizisten vorantreiben, um Gewalt gegen die Beamten zu dokumentieren. Die Partei will wie die Grünen eine anonymisierte Kennzeichnungspflicht für Polizisten bei Großereignissen oder Demonstrationen. Zur Verbrechensbekämpfung, insbesondere auch zur Einbruchsbekämpfung, will sie verstärkt in moderne Technik investieren.

FDP: Wie die CDU, verspricht auch die FDP eine Stärkung der Polizei - um 1000 neue Stellen, vor allem in der Fläche. Die Polizeireform will sie bewerten und gegebenenfalls korrigieren. Auch die Liberalen versprechen, die «notwendigen» Ressourcen zur Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen zur Verfügung zu stellen. Sie sind allerdings gegen die Ausweitung der Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen und auch gegen polizeirechtliche Alkoholverbote auf öffentlichen Plätzen.

Mehr zum Thema Wahlkampfthemen lesen:

In der März-Ausgabe unserer Mitgliederzeitung [POLIZEISPIEGEL](#) berichten wir ausführlicher über die Inhalte der Wahlprogramme. Nicht nur zum Thema der inneren Sicherheit, sondern auch allgemein den öffentlichen Dienst betreffend.

Über eine Woche keine Polizei

Die Polizei hat nach Berechnungen des Bundesverbands der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) so viel Überstunden angehäuft, dass sie rechnerisch bundesweit eineinhalb Wochen lang den Dienst einstellen müsste, wenn die Mehrarbeit auf einen Schlag abgebaut würde.

In Nordrhein-Westfalen, wo die 40.000 Polizisten rund vier Millionen Überstunden angehäuft hätten, „gäbe es sogar 2,4 Wochen keine Gefahrenabwehr und keine Verbrechensbekämpfung“, sagte DPoIG-Bundesgeschäftsführer Sven-Erik Wecker Ende Februar dem Magazin Focus.

Der DPoIG-Bundesvorsitzende Rainer Wendt forderte, Überstunden vor dem Verfall zu retten, indem sie auf Langzeitkonten gebucht und dann in späteren Jahren abgegolten werden.

Auch die Polizisten in Baden-Württemberg ächzen unter der Last ihrer Überstunden. Die Polizei in Baden-Württemberg schiebt einen Rekordberg von rund 1,3 Millionen Überstunden vor sich her. Das sagte ein Sprecher des Innenministeriums Mitte Februar gegenüber der dpa. Im

Durchschnitt hat ein Polizist in Baden-Württemberg laut Innenministerium 54 Überstunden. Die Belastung ist bei der Bereitschaftspolizei und bei der Kriminalpolizei am höchsten, denn geschlossene Einsätze, Sonderkommissionen und komplizierte Ermittlungen produzieren etliche Arbeitsstunden. „Da gibt es Kollegen, die schieben zwischen 300 und 400 Überstunden vor sich her, sagt dazu der stellvertretende DPoIG-Landesvorsitzende Jürgen Engel.

Überstunden auszubezahlen wie es das Land nun zum wiederholten Mal plant oder auf Jahre hin bunkern, ist für die DPoIG aber keine dauerhafte Lösung.

Regenerationsphasen und ausreichend Freiraum für Familie und Freizeit sind viel wichtiger. Damit die Kollegen überhaupt zeitnah Über-

stunden abbauen können, fordert der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer deshalb 1500 neue Polizisten. Doch bis diese Anwärter fertig ausgebildet sind, vergeht viel Zeit. Deshalb fordert die DPoIG 400 zusätzliche Stellen Verwaltung und Tarif. Damit sollen die am Limit arbeitenden Polizisten von vollzugsfremden Aufgaben entlastet werden.

Wichtiger Ausgleich für Gesundheit

Wer Hobbys und Freundschaften wegen zu hoher Arbeitsbelastung nicht mehr pflegen kann, verliere das Netz, das Stress ausgleicht und Ablenkung darstellt, erklärte die Stuttgarter Psychologin Thordis Bethlehem gegenüber der dpa. „Dann ist weitere Kraft weg, man hat nichts mehr was einen hält“, sagte die Expertin für psychische Gesundheit am Arbeitsplatz.

Wir sagen „Nein“ zur Einführung eines politischen Polizeibeauftragten

An dem von den Landtagsfraktionen GRÜNE und der SPD vorgelegten Gesetzesentwurf zur Einführung eines „Bürgerbeauftragten des Landes Baden-Württemberg“ übte die DPoIG heftige Kritik.

Der Gesetzesentwurf signalisiert nach Auffassung der DPoIG-Landesleitung ein unbegründetes generelles Misstrauen gegenüber staatlichen und insbesondere polizeilichen Maßnahmen. Keiner anderen Berufsgruppe werde im Vorfeld durch die politischen Verantwortlichen permanentes Fehlverhalten oder rechtswidriges Handeln unterstellt.

Eine unerträgliche Situation, findet Ralf Kusterer: „Die Polizeibeamten halten tagtäglich den Kopf für die

Innere Sicherheit hin, müssen sich Pöbeleien und Gewalt aussetzen, schieben wegen einer verfehlten Personalpolitik Überstunden um Überstunden, müssen sich noch zu dritt oder viert einen Schutzhelm teilen und sehen sich dann einem fundamentalen Misstrauen, insbesondere durch die Landtagsfraktion der GRÜNE, ausgesetzt.“

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) wies den Gesetzesentwurf wegen dieses offenkundigen Miss-

trauens und wegen einer fehlenden gesellschaftliche Notwendigkeit einer solchen Instanz, Ende Januar bei einer Anhörung im Landtag als unbegründet zurück.

In Zeiten wie diesen, braucht die Polizei den politischen Rückhalt und die volle Unterstützung der Politik. „Wer den Sicherheitsbehörden diesen Rückhalt und die nötige Unterstützung verweigert, schadet unserem Land und der Sicherheit in Baden-Württemberg“, so Kusterer.

Einstellungsoffensive mit Licht und Schatten

Die JUNGE POLIZEI Baden-Württemberg begrüßt ausdrücklich die im Kabinett des Landtages von Baden-Württemberg beschlossene Einstellungsoffensive. Eine Erhöhung der Einstellungszahlen ist in Anbetracht der bevorstehenden Pensionierungswelle nur folgerichtig, wenn die Polizei BW nicht weiter geschwächt werden soll.

Ob die Umsetzung der Einstellungsoffensive jedoch eine Meisterleistung werden wird, steht bislang allerdings noch in den Sternen. Nachdem der erste Schritt innerhalb der Polizei bereits getan ist und die Bewerberzahlen wieder nach oben „schießen“, bleibt allerdings die Frage offen, ob die Bildungseinrichtungen diesen Personalzuwachs auch tatsächlich bewältigt bekommen.

Hier werden insbesondere drei Aspekte entscheidend sein:

1. Bekommen die Bildungseinrichtungen in qualitativer und quantitativer Sicht das notwendige Personal, um die Polizeianwärterinnen/-anwärter nach den bisherigen Standards ausbilden zu können?
2. Bekommen die Bildungseinrichtungen die notwendigen Sachmittel, um den finanziellen Mehrbedarf der Einstellungsoffensive betreffend von Ausstattung, Reisekosten u.a. zu decken?
3. Können die Polizeianwärterinnen und -anwärter an den Bildungseinrichtungen überhaupt untergebracht werden?

Bereits im Haushaltsjahr 2015 - noch ohne Einstellungsoffensive - bestand betreffend der notwendigen Sachmittel ein Defizit. Nur durch Mittelumverteilung innerhalb der Polizei und zu Lasten anderer Projekte der Polizei konnte dieses Defizit gedeckt werden.

Offen ist die Unterbringungsfrage

Was die Unterbringung angeht, bestehen seitens der JUNGEN POLIZEI erhebliche Zweifel.

Bereits in den aktuellen Studienjahren in Villingen-Schwenningen an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg ist die Unterbringung in den vom Land Baden-Württemberg gegen Entgelt zur Verfügung gestellten „Studentenwohnungen“ auf Kante genäht und liegt bei einer Auslastung von 100%.

So ist bereits jetzt schon bei insgesamt nur 700 Betten und mehr als 800 Studierenden ein Defizit vorhanden. Im Rahmen der Einstellungsoffensive werden in der Spitzenzeit alleine an der Hochschule mehr als 400 Kollegen mehr unterzubringen sein. Auch an den anderen Standorten sieht es nicht besser aus.

Forderungen an die künftige Landesregierung

Der STAATSANZEIGER befragte Vertreter der größten Interessenverbände nach deren Erwartungen an die künftige Landesregierung.



Volker Stich Vorsitzender des Beamtenbunds Baden-Württemberg:

„Der BBW-Beamtenbund Tarifunion erwartet von der neuen Landesregierung ein besseres Miteinander. Auf seinem Forderungskatalog ganz oben stehen Wertschätzung und Anerkennung für die Arbeit im öffentlichen Dienst sowie die Teilhabe an der wirtschaftlichen Entwicklung bei Vergütung, Besoldung und Versorgung. Genauso wichtig ist, dass die Gehälter von jungen Beamtinnen und Beamten stimmen, in erster Linie, dass die abgesenkte Eingangsbesoldung zurückgenommen wird, die Alimentation lebenslang gesichert ist, die Voraussetzungen für eine optimale Erziehung, Bildung und Ausbildung gewährleistet sind und dass die Polizeireform überprüft wird.“

Quelle: Staatsanzeiger

Im Dialog mit Spitzenpolitikern

Vertreter der Landesleitung führten eine Reihe von Gesprächen mit den Spitzenkandidaten, Fraktionsvorsitzenden und innenpolitischen Sprechern etablierter Parteien

In den vergangenen Wochen haben mehrere Vertreter und Spitzenkandidaten von im Landtag vertretenen Parteien um Hintergrundgespräche mit der DPoIG-Landesleitung nachgesucht. Jeder eingegangene Gesprächswunsch konnte berücksichtigt werden. An ausgesprochenen Wahlkampfveranstaltungen beteiligte sich der DPoIG-Landesverband nicht.

Nach Überzeugung der DPoIG treten aktuell eklatante Fehler in der bisherigen Sicherheitsarchitektur des Landes Baden-Württemberg mehr denn je ans Licht.

In den Gesprächen betonte Landesvorsitzender Ralf Kusterer, dass ein

stetiger Aufgabenzuwachs und eine Arbeitsverdichtung durch veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen, neue Kriminalitätsphänomene, verstärkte Verkehrsströme, explodierende Zuwanderungsströme sowie politische Fehlentscheidungen bei der Ausstattung der Polizei (mit ausreichendem Personal und den erforderlichen technischen wie rechtlichen Instrumentarien) dazu geführt haben, dass die Erwartungen der Menschen im Land an die Leistungsfähigkeit der Sicherheitsbehörden nicht mehr erfüllt werden können.

Immer wieder hat die DPoIG erkannte Missstände politisch angeprangert

Die Interessenvertreter nutzten die sich wenige Wochen vor der Landtagswahl bietenden Gelegenheiten, von den Politikern Bekenntnisse für einen spürbaren Kurswechsel in der seitherigen Personalpolitik zu fordern.

So sollen nicht nur geleistete Überstunden ausbezahlt werden, sondern soll vor allem die Polizei strukturell durch zusätzliche Stellen gestärkt werden. Auch die Entlastung der Polizei durch Entbindung von polizeifremden Aufgaben, beispielsweise dem kräftezehrenden Begleiten von Schwertransporten, ist notwendig, um die Polizei im Land zukunftsfähig aufzustellen.

Kriminalitätszahlen erst nach der Wahl

Innenministerium will die Kriminalstatistik erst kurz nach Landtagswahl veröffentlichen.

Die oppositionelle CDU-Landtagsfraktion fordert von Innenminister Reinhold Gall (SPD) eine rasche Bekanntgabe der aktuellen Zahlen zur Kriminalitätsentwicklung für den Südwesten.

„Wir verlangen von Innenminister Gall, dass er die Bevölkerung noch vor der Landtagswahl umfassend über die Sicherheitslage im Land unterrichtet“, sagte der innenpolitische Sprecher der Fraktion, Thomas Blenke, Mitte Februar in Stuttgart der Deutschen Presse-Agentur.

Dass Gall die polizeiliche Kriminalstatistik für 2015 erst nach der Landtagswahl veröffentlichen wolle, sei ein „billiger Wahlkampftrick“. Die Gesamtzahl der Straftaten sei im vergangenen Jahr um 3,8 Prozent gestiegen, erklärte der CDU-Politiker unter Berufung auf ihm vorliegende Daten.

Das Innenministerium will die landesweiten Zahlen voraussichtlich zwischen Mitte und Ende März in der Öffentlichkeit vorstellen, wie ein Sprecher sagte. Dies entspreche der bisherigen Praxis. „Die Polizei benötigt eine gewisse Zeitdauer, um nacherfasste Rohdaten auszuwerten und die Daten aufzuarbeiten.“

In Kreisen der Polizei gibt es Unmut über dieses Vorgehen.

Ende Januar hatte Gall nur die Daten über die Zahl der Wohnungseinbrü-

che bekanntgegeben. Die Ermittler zählten demnach im vergangenen Jahr in diesem Bereich 12 255 Fälle. Der erste Rückgang in diesem Deliktsfeld nach acht Jahren. Viele andere Zahlen seien hingegen alarmierend, sagte Blenke.

Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Ralf Kusterer, sagte, er könne die Kritik nachvollziehen. „Der Bürger nimmt die Entwicklung der Inneren Sicherheit unglaublich bewusst wahr“, sagte er. Deshalb müsse sensibel damit umgegangen werden. „Wenn die Zahlen auf dem Tisch liegen, muss man sie auch veröffentlichen.“ Ohnehin seien Rückgänge wie die bei den Wohnungseinbrüchen für die Opfer selbst unerheblich. Damit werde nur eine Scheinsicherheit geschaffen.

Quelle: dpa

Innenminister macht Wahlwerbung

Ende Januar verteilte der Innenminister eine „Finanzpolitische Bilanz“ an Journalisten: Jährlich habe man für die Polizei „rund 170 Millionen Euro mehr ausgegeben, als es in der Vergangenheit der Fall war“.

Genau diese Vorlage brachte den SPD-Mann in Bedrängnis. Er wurde von der oppositionellen FDP per Landtagsanfrage zur Rede gestellt, wie er sein Ministerium auf höchst fragwürdige Weise zu Wahlkampfzwecken einsetzte. Nach der Verfassung, so belehrten die Liberalen, sei es Regierungen untersagt, „sich in amtlicher Funktion im Hinblick auf Wahlen mit politischen Parteien oder Wahlbewerbern zu identifizieren und sie unter Einsatz staatlicher Mittel zu unterstützen oder zu bekämpfen“. Zudem sei es mit dem Grundgesetz unvereinbar, wenn sich „die Regierung als Verfassungsorgan im Wahlkampf gleichsam zur Wiederwahl stellt“. Die Rechte der politischen Parteien auf Chancengleichheit würden nämlich beschnitten, wenn sich Staatsorgane in den Wahlkampf einschalteten.

Wahlwerbung angeblich nicht beachtigt

Genau das hat Galls Ministerium aus FDP-Sicht getan. Fünfmal stellte es in der „Finanzpolitischen Bilanz“ die Polizeihaushalte der vorigen und der aktuellen Legislaturperiode gegenüber, jeweils versehen mit den Parteilogos von CDU und SPD. Unter den Genossen, so sollte auf den ersten Blick deutlich werden, wurde alles besser. Zudem verglich sich die gegenwärtige Regierung direkt mit der vorherigen: „Wir haben ... mehr investiert als zuvor Schwarz-Gelb“, noch nie habe es so viele neue Polizeibeamte gegeben „wie unter Grün-Rot“. In der nächsten Legislaturperiode, ließ

Minister Gall versprechen, solle dieser Kurs fortgesetzt werden.

Galls Zentralstelle habe die Bilanz „eigenverantwortlich erstellt“ und zuständig für die Öffentlichkeitsarbeit sei seine Pressestelle. Er selbst habe erst am Tag der Pressekonferenz von der Vorlage erfahren. „Eine Wahlwerbung durch das Innenministerium war und ist nicht vorgesehen“, sagte Gall. Gleichwohl habe man die Bilanz auf der amtlichen Internetseite „aktualisiert“.

Die Parteilogos verschwinden wieder

Korrigiert wäre wohl der treffendere Begriff. Denn getilgt wurden sämtliche Logos von CDU und SPD sowie die Hinweise auf „Schwarz-Gelb“ oder „Grün-Rot“. Auch das verräterische „wir“ entfiel und wurde durch ein neutrales „es“ oder „die Landesregierung“ ersetzt. Ganz gestrichen wurden zwei Aussagen, was man in der nächsten Legislaturperiode plane. Die FDP hatte ins Schwarze getroffen.

Quelle: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.innenminister-macht-wahlwerbung-gall-auf-frischer-tat-ertappt.5fed6fb7-76ce-4eb9-bcd7-e9e0b-463b77b.html>

Polizeibeamte wegen elektronischer Wahlwerbung verärgert. Viele Polizisten beschwerten sich.

„Die Homepage des Innenministeriums ist mit dem persönlichen Facebook- und Twitteraccount von Minister Reinhold Gall vernetzt. Dort läuft der Wahlkampf“, sagte der stellvertretende Landeschef der Deutschen Polizeigewerkschaft, Daniel Jungwirth. Denn in Twitter präsentiert sich Gall als SPD-Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Neckarsulm.

Überdies regen sich laut Jungwirth viele Polizeikollegen darüber auf,

dass Pressemitteilungen des Ministeriums im Wahlkampf innerhalb der Polizei „bis unten durchgesteuert werden“. So erreichten Reaktionen aus dem Innenministerium sogar die kleinsten Polizeiposten. „Und alle Kollegen lesen dann „Innenminister Reinhold Gall: Wer bei der Polizei 1.500 Stellen abgebaut hat, dem hilft jetzt auch kein Wolfsgeheul“, sagte Jungwirth.

Bis unten durchgesteuert

Viele verärgerte Polizeibeamte beschwerten sich über diesen Wahlkampf innerhalb der Polizeiorganisation.

„Ich kann die Kritiken nachvollziehen, zumal wir in den letzten Tagen Formulierungen wie „Wolfsgeheul“ lesen. Das ist einer Ministeriumsverlautbarung nicht würdig und deutet mehr auf Wahlkampf hin“, betonte Jungwirth. „Dass ein Ministerium solch polemische Töne anschlägt, finden viele Kollegen nicht korrekt.“

Eine derartige Reaktion erwarte man von einem Politbüro und lesen möchte man dies nicht am Arbeitsplatz, sondern im landespolitischen Teil einer Tageszeitung.

Laut Jungwirth sei es nicht unüblich, dass Pressemeldungen innerhalb der Organisation „gesteuert“ werden. Soweit dies ministerielle Pressemitteilungen mit Sachbezug - also ohne Wahlwerbung und entsprechendem Sprachgebrauch - sind, hege keiner Einwände. Wohl aber in Wahlzeiten und in solcher Form.

Hol Dir die DPoIG App



Im AppStore, GooglePlay und Windows Store

Aufstiegsmöglichkeiten über Studium und Qualifizierungslehrgang

Für das Jahr 2016 wurden offiziell noch keine Aussagen über den Umfang der Aufstiegsmöglichkeiten in den gehobenen Polizeivollzugsdienst benannt.

Am 3. März 2016 war Bewerbungsschluss für das Zulassungsverfahren für das Studium zum Aufstieg in den gehobenen Polizeivollzugsdienst.

Schon seit einigen Wochen kursieren bislang unbestätigte 660 Aufstiegsmöglichkeiten über den Qualifizierungslehrgang (QL) und "etwas über 200 Studienplätze".

Beide Aufstiegsmöglichkeiten hängen unmittelbar miteinander zusammen, weil beide sich auf den Stellenanteil des gehobenen Dienstes auswirken.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft hatte vor einem Jahr bemängelt, dass die Chancen - gerade beim Auswahlverfahren für die Zulassung - mehr als unterschiedlich sind. **Es wurde von der DPoIG deshalb angeregt, bei der Verteilung der Zulassungszahlen auf eine ausgewogene Chancengleichheit zu achten.**

Anhand der bekanntgegebenen und teilweise veröffentlichten Aufstiegsmöglichkeiten wurde nachfolgende hochgerechnete (!) Übersicht gefertigt.

Offensichtlich wurden unsere Anregungen aufgenommen, denn es scheint zumindest im ersten Überblick so, dass in fast an allen Dienststellen gleichgroße Chancen für eine Zulassung bestehen werden.

Erneut bietet die DPoIG im ganzen Land zahlreiche Vorbereitungsveranstaltungen "Fit-for-Test" an. Kolleginnen und Kollegen, nutzt dieses Angebot.

Im Namen der gesamte DPoIG-Mandatsträger wünschen wir allen Bewerberinnen und Bewerbern viel Erfolg!

Aufstieg	KA	MA	S	UL	FR	RT	HN	OG	AA	LB	KN	TUT	Einsatz	HfPol	LKA	PTLs Pol	LFV	Gesamt
Studium	20	20	33	5	18	21	11	4	9	18	16	10	22	-	1	1	1	210
QL	67	86	62	56	53	56	44	21	39	42	53	33	30	13	1	2	2	660
Gesamt	87	106	95	61	71	77	55	26	48	60	69	43	52	13	2	3	3	870

www.

DPoIG-Vorteile

.de

DAS NEUE MITGLIEDER-VORTEILSPORTAL DER DEUTSCHEN POLIZEIGEWERKSCHAFT IM DBB

Für Mitglieder der DPoIG bieten wir zahlreiche Aktionen und Angebote aus verschiedenen Bereichen an. Vorbeischauen und von den Vorteilen profitieren. Um keine Angebote zu verpassen, einfach im Newsletter anmelden.



01.03.16	PP Einsatz, Bruchsal, Kantine
02.03.16	PP Einsatz, Göppingen, Kantine
07.03.16	PP Offenburg, Verkehrskommissariat Am Flugplatz 2, 77656 Offenburg
08.03.16	PP Ulm, Prev Ulm-West Römerstraße 122, 89077 Ulm
09.03.16	PP Aalen, KPDir, großer Lehrsaal Alter Postplatz 20, 71332 Waiblingen
14.03.16	PP Ludwigsburg, VPDir, Lehrsaal Pfaffenwaldring 1, 70569 Stuttgart
15.03.16	PP Reutlingen, Prev Metzingen, Lehrsaal Ulmer Str. 96, 72555 Metzingen
17.03.16	PP Konstanz, Friedrichsaal Benediktinerplatz 3, 78467 Konstanz
21.03.16	PP Heilbronn, großer Lehrsaal Karlstr. 108-112, 74076 Heilbronn
22.03.16	PP Tuttlingen, Polizeirevier VS, 4. OG Waldstraße 10/1, 78048 VS-Villingen
29.03.16	PP Freiburg, KPDir FR, Cafeteria Heinrich-von-Stephan-Str. 4, 79100 FR

rolf.schlindwein@polizei.bwl.de
juergen.engel@dpolg-bw.de
andreas.bix@dpolg-bw.de
dieter.knolmar@dpolg-bw.de peter.vietz@polizei.bwl.de
markus.kaumeyer@polizei.bwl.de
thilo.marien@polizei.bwl.de
alfred.seiter@polizei.bwl.de safiye.leone@polizei.bwl.de dominic.schefold@polizei.bwl.de
andreas.herzog@dpolg-bw.de
uwe.ullrich@polizei.bwl.de
juergen.vogler@dpolg-bw.de
claudia.schuler@polizei.bwl.de

DPOLG

„FIT FOR TEST“

„Zulassung zum gehobenen Dienst“

